

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 13. April 1966

A 22127 C

Nummer 14/15

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1966

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 1. April 1966

Die Lage der Weltwirtschaft

Die anhaltend kräftige weltwirtschaftliche Expansion wird besonders von dem raschen Wachstum in Nordamerika gestützt. In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Expansion nach der Belebung in Italien und Frankreich leicht beschleunigt. Der Welthandel nimmt seit Mitte 1965 wieder etwas stärker zu; auch die Entwicklungsländer konnten ihre Ausfuhr weiter steigern. In den meisten Industrieländern stellt der unverändert starke Preisauftrieb die Wirtschaftspolitik vor schwierige Aufgaben.

Anhaltend kräftige Expansion in den Vereinigten Staaten

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten expandiert unverändert rasch (1965 real 5,5 vH). Dabei dürfte die Auslastung der industriellen Kapazitäten (91 vH) im Durchschnitt den von der Wirtschaft bevorzugten Grad erreicht haben. Gleichzeitig wurden zusätzlich so viele Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert, daß die Arbeitslosenquote zu Beginn dieses Jahres erstmals unter den von der Regierung zunächst angestrebten Stand von 4 vH sank. Eine reale Expansion der Wirtschaft von 5 bis 5,5 vH ist von der Angebotsseite auch in diesem Jahr gewähr-

leistet. Eine Ausweitung der industriellen Kapazitäten im Ausmaß des Vorjahres (6 vH) ist wahrscheinlich. Die Zahl der neu ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen wird zusammen mit der Verminderung der Arbeitslosigkeit auch die Deckung des Arbeitskräftebedarfs ohne nennenswerte Anspannungen erlauben.

Von zentraler Bedeutung für die Expansion ist die Ausgabegebarung der öffentlichen Hand. So ist mit einer Steigerung der öffentlichen Ausgaben von nominal 10 vH zu rechnen. Unter dem Eindruck der wachsenden Auslastung der Produktionskapazitäten, verbunden mit hohen Gewinnen, plant auch die private Wirtschaft in diesem Jahr hohe Anlageinvestitionen (+ 16 vH). Bei anhaltend guter Konjunktur dürften diese Ziffern im Laufe des Jahres noch nach oben revidiert werden. Dagegen ist fraglich, ob die Wirtschaft Lagerinvestitionen im bisherigen Umfang vornehmen wird. Die privaten Haushalte werden ihre Konsumausgaben etwa entsprechend der nominalen Sozialproduktsentwicklung (+ 8 vH) steigern. Die Sparquote wird annähernd gleichbleiben.

Die erwartete Nachfragezunahme macht bei der gegenwärtigen Auslastung des Produktionspoten-

tials hohe Zuwachsraten der Importe wahrscheinlich. Wenn sich auch die Exportchancen der Vereinigten Staaten dank der insgesamt leichten Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in der restlichen Welt, vor allem im Zusammenhang mit der Überwindung der Rezession in Japan, Italien und Frankreich, eher gebessert haben, so muß doch dahingestellt bleiben, ob die Unternehmen angesichts des heimischen Aufschwungs diese Möglichkeiten nutzen. Daher ist eine weitere Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses zu erwarten.

Trotz der hohen Auslastung der Kapazitäten und der fortschreitenden Eingliederung von Arbeitskräften in den Wirtschaftsprozess konnte der Lohn- und Preisauftrieb bis in die jüngste Zeit hinein in relativ engen Grenzen gehalten werden. Die Stundenverdienste in der verarbeitenden Industrie lagen zu Beginn des Jahres nur um 3,5 vH über ihrem Vorjahresstand, obwohl in erhöhtem Umfang Überstunden geleistet wurden. In den Lohnvereinbarungen der wichtigsten Industrien sind für dieses Jahr und zum Teil auch noch für das nächste Jahr Lohnsteigerungen ähnlichen Ausmaßes festgelegt, so daß von der Lohnkostenseite her bei weiter relativ hohen Produktivitätsfortschritten keine stärkeren Beeinträchtigungen der Gewinnmargen zu befürchten sind.

Der Anstieg der Großhandelspreise für industriell erzeugte Güter betrug im Februar dieses Jahres rund 1,5 vH gegenüber dem Vorjahr. Wenn trotzdem der Großhandelspreisindex insgesamt seinen Vorjahresstand um fast 4 vH übertraf, so deshalb, weil sich im Bereich der Nahrungsmittel außerordentlich starke Erhöhungen durchgesetzt haben. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten muß auf etwa 2,5 vH im Jahresdurchschnitt veranschlagt werden. Die künftige Preisentwicklung wird weitgehend von dem Preisverhalten der Unternehmer abhängen. Die gegenwärtigen Gewinnspannen und Absatzerwartungen bilden gute Voraussetzungen für einen im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlichen — wenn auch beschleunigten — Preisanstieg.

Um den Preisauftrieb unter Kontrolle zu halten, unterstützt die Regierung nunmehr den von dem Federal Reserve Board seit einiger Zeit verfolgten restriktiven Kurs der Geld- und Kreditpolitik. Dies hat bereits zu einer fühlbaren Verteuerung der kurzfristigen Kredite geführt, und auch die Zinsen für langfristige Kredite haben ihren Anstieg fortgesetzt. Wenn auch die Investitionen der Wirtschaft in Zeiten hoher Gewinne von Fremdfinanzierungsmitteln weniger abhängig sind, so wird die Verknappung und Verteuerung am Geld- und Kapitalmarkt nicht ohne Einfluß auf die Investitionsvorhaben der Länder und Gemeinden und im Bereich des privaten Wohnungsbaus bleiben.

Zudem ist die Regierung bemüht, den expansiven Einflüssen ihrer Ausgabengestaltung durch überproportionale Einnahmesteigerungen entgegenzuwirken. Im Haushaltsvoranschlag der Bundesregie-

rung — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — ist für das Fiskaljahr 1967 eine Reduzierung des Defizits vorgesehen. Die Steigerung des Steueraufkommens resultiert aus der Aufhebung der zum 1. Januar 1966 gewährten Verbrauchssteuererleichterungen sowie einem Vorziehen der Steuertermine für Körperschaften und schließlich auch aus der Progression der Lohn-, Einkommen- und Gewinnsteuern. Darüber hinaus werden Erhöhungen der Steuertarife z. Zt. vor allem in den Regierungsausschüssen diskutiert.

Da die Überschüsse im Leistungsverkehr zurückgehen werden, könnte eine weitere Entlastung der Zahlungsbilanz nur durch eine Verminderung der amerikanischen Kapitalexporte erreicht werden. Die amerikanische Regierung hat daher die Unternehmen erneut aufgefordert, bei Direktinvestitionen im Ausland Zurückhaltung zu üben, und den Kreditinstituten Limite für die Kreditgewährung an Ausländer gesetzt. Die Zinsausgleichsteuer auf Wertpapierkäufe im Ausland wird ebenfalls weiterhin erhoben. Die amerikanische Wirtschaft kann sich den Wünschen und Anordnungen ihrer Regierung kaum entziehen. Auch hat der Anreiz für Kapitalexporte aufgrund der günstigen Gewinnchancen und des erhöhten heimischen Zinsniveaus nachgelassen. Dennoch kann nicht angenommen werden, daß die privaten und öffentlichen Kapitalbewegungen per Saldo auf den Stand der Leistungsbilanzüberschüsse sinken werden. Die Bereitschaft privater Gläubiger im Ausland, kurzfristige Dollar Guthaben zu erwerben, ist gegenwärtig sehr gering, so daß eine weitere Verschuldung der USA gegenüber offiziellen Stellen, in erster Linie dem Weltwährungsfonds, und/oder erneute Rückgriffe auf die Goldreserve wahrscheinlich sind.

Befriedigende Wachstumsaussichten in Westeuropa

Seit Herbst 1965 hat die westeuropäische Wirtschaft ihr Wachstum insgesamt in ruhigem Tempo fortgesetzt. Die konjunkturelle Zunahme des realen Bruttosozialprodukts dürfte auf Jahresbasis etwa 3,5 bis 4 vH betragen haben. Weitaus am schwächsten expandierte weiterhin die Wirtschaft Großbritanniens. In der Bundesrepublik Deutschland verlangsamte sich der Produktionsanstieg etwas. Auf der anderen Seite setzte sich der Erholungsprozeß in Frankreich und Italien fort. In den übrigen Ländern hat sich das Expansionstempo nicht nennenswert verändert.

Die unterschiedlichen Konjunkturtendenzen spiegeln sich in der Entwicklung der privaten Investitionstätigkeit wider. Ihre Expansion ist in Großbritannien zum Stillstand gekommen. In der Bundesrepublik Deutschland hat sie sich deutlich verlangsamt; dagegen haben sich in Italien und Frankreich die Anzeichen für eine Wiederbelebung auch in diesem Bereich verstärkt. In den kleineren Volkswirtschaften Westeuropas hielt die im allgemeinen mäßige Expansion der privaten Investitionen überwiegend an. Nur geringe Impulse gingen

in fast allen Ländern vom privaten Wohnungsbau aus.

Die Einkommen der privaten Haushalte expandierten in allen Ländern relativ kräftig, wenngleich auch hier die Wachstumsabschwächung in Großbritannien und die leichte Dämpfung in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Verlangsamung geführt haben. In Italien und Frankreich nahmen die Einkommen aufgrund des wieder wachsenden Beschäftigungsvolumens beschleunigt zu. Allerdings stieg der private Konsum in Westeuropa infolge des anhaltend kräftigen Preisanstiegs real erheblich weniger als nominal.

Die Entwicklung der Staatsausgaben trug in den meisten Ländern kräftig zur Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums bei. Zwar verlangsamte sich die Steigerung des öffentlichen Verbrauchs in Großbritannien, Schweden, Belgien und Norwegen. Die Zunahme der öffentlichen Investitionen hat offenbar unvermindert angehalten und sich verschiedentlich sogar beschleunigt.

Die Exporte Westeuropas nach Übersee stiegen weiter kräftig an, gleichzeitig nahmen auch die Importe, besonders aus den Rohstoffländern, verstärkt zu. In einigen wichtigen Ländern schlug sich die Änderung des Konjunkturverlaufs während des vergangenen Jahres in der Entwicklung der Handelsbilanz — unter Einschluß des innereuropäischen Austausches — deutlich nieder. So setzten sich in Italien und Frankreich Passivierungstendenzen durch, dagegen erzielte die Bundesrepublik Deutschland wieder Ausfuhrüberschüsse. In Großbritannien verringerte sich das Handelsbilanzdefizit.

Der Preisauftrieb in Westeuropa hielt in unverminderter Stärke an. Die Verbraucherpreise übertrafen ihren Vorjahresstand Anfang 1966 in Frankreich, Italien und Norwegen um 3 vH, in den übrigen Ländern war die Verteuerung noch größer. In den Niederlanden, Schweden und Dänemark erreichte sie sogar 7 bis 8 vH, wozu allerdings auch die Erhöhung indirekter Steuern beitrug. Vor allem zogen die Nahrungsmittelpreise und die Mieten an. Auch für Industrieerzeugnisse setzte sich die Verteuerung fort; die Erzeugerpreise waren Anfang 1966 überwiegend um 2 bis 3 vH höher als vor Jahresfrist. Lediglich in Frankreich — hier primär als Folge der staatlichen Preiskontrolle — und in Italien fiel ihr Anstieg geringer aus.

Die Arbeitsmärkte standen in den meisten westeuropäischen Ländern weiterhin im Zeichen der Anspannung. Der chronische Arbeitskräftemangel erklärt die Stärke des Lohnauftriebs, der sich — mit Ausnahme von Italien — seit Mitte vergangenen Jahres nur wenig verlangsamt hat und in der Industrie überwiegend zwischen 6 und 10 vH (Stundenverdienste im Vorjahresvergleich) erreichte. Selbst in Großbritannien wirkte sich die Stagnation in der Industrie bisher noch nicht auf die Beschäftigung und die Lohnentwicklung aus. Umgekehrt hat in Italien, dem einzigen Industrieland mit Unterbeschäftigung, die konjunkturelle Erholung bisher

nicht zur Verringerung der hohen Arbeitslosigkeit geführt.

Für das Sommerhalbjahr 1966 ist in den kontinental-europäischen Volkswirtschaften mit einem befriedigenden Wirtschaftswachstum (zwischen 4 und 4,5 vH real, Jahresbasis) zu rechnen. Nur in den Niederlanden wird eine höhere Zuwachsrate (5,5 vH) erwartet; dagegen wird das Wachstum in Großbritannien (2 vH) weiterhin erheblich niedriger als in den übrigen westeuropäischen Ländern sein. Von der fortschreitenden konjunkturellen Erholung der Nachfrage in Italien und Frankreich werden Impulse auf die übrigen Länder ausgehen. Der anhaltende Preisauftrieb wird die wirtschaftspolitischen Instanzen der meisten Länder zur Aufrechterhaltung ihres grundsätzlich restriktiven Kurses veranlassen. Auch in Italien und Frankreich wird die Expansionsförderung aus Rücksicht auf die Preisstabilität relativ vorsichtig fortgeführt werden.

Das britische Dilemma

An dem scharfen Gegensatz zwischen der relativ günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Kontinentaleuropa und der noch immer recht problematischen Entwicklung in Großbritannien dürfte sich in absehbarer Zeit nicht allzuviel ändern. Das reale Sozialprodukt in Großbritannien erhöhte sich im Laufe des vergangenen Jahres nur um rd. 1,5 vH wobei die industrielle Produktion stagnierte. Auch die Verbesserung der Zahlungsbilanz kann über diese insgesamt unbefriedigende Situation nicht hinwegtäuschen. Die Kontinuität des wirtschaftspolitischen Kurses, insbesondere der Vorrang einer unveränderten Pfundparität, zwingt dieses Land, auf die Nutzung eines erheblichen Teils seines Wachstumspotentials zu verzichten. Möglichkeiten des wirtschaftlichen Fortschritts, deren Realisierung man in fast allen Ländern für selbstverständlich hält, werden hier seit mehr als einem Jahrzehnt nicht wahrgenommen.

Das Defizit der britischen Grundbilanz hat sich 1965 gegenüber 1964 etwa halbiert. Doch stellte das verbliebene Defizit in Höhe von rd. 300 Mill. Pfund die britische Regierung noch vor erhebliche Schwierigkeiten. Es ist zwar möglich, mit restriktionspolitischen Mitteln den Zahlungsbilanzausgleich kurzfristig zu erreichen. Dauerhaft wird dadurch weder das außenwirtschaftliche Problem, noch das Problem der unbefriedigenden langfristigen inneren Wirtschaftsentwicklung zu lösen sein.

Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel ging weiter zurück

Der Welthandel hat im Jahre 1965 kräftig zugenommen. Die Ausfuhr (ohne Ostblock) erhöhte sich um 8 vH; 1964 hatte die Zunahme allerdings noch 12 vH betragen. In dieser verringerten Wachstumsrate schlug sich die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums der meisten Länder deutlich nieder. Im zweiten Halbjahr war die Expansion des Welthandels bereits wieder etwas stärker als im ersten.

Noch mehr als die Weltausfuhr insgesamt hat sich der Anstieg der Ausfuhr der Entwicklungsländer verlangsamt, nämlich von fast 10 vH 1964 auf reichlich 5 vH. Der Anteil dieser Länder an der Weltausfuhr hat damit weiter abgenommen. Diese seit langem zu beobachtende Tendenz war in jüngerer Zeit nur 1962 und 1963 unterbrochen worden; in diesen beiden Jahren war ihr Anteil unverändert geblieben. Die Angebotsstruktur der Entwicklungsländer ist für eine stärkere Einschaltung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ungeeignet. Daher haben sie an der wachstumsinduzierten Expansion des Welthandels nicht in vollem Umfang teil. Auch die Preiskomponente hat 1965 wieder, wie meistens seit Anfang der fünfziger Jahre, zum Rückgang des Handelsanteils der Entwicklungsländer beigetragen. Zwar sind ihre Exportpreise durchschnittlich noch etwas höher gewesen als 1964; aber die Exportpreise der Industrieländer erhöhten sich stärker.

Wenn die Ausfuhr der Entwicklungsländer insgesamt auch nicht so stark zunahm wie die Weltausfuhr, so haben sich ihre Lieferungen an die westlichen Industrieländer, die rund zwei Drittel der Ausfuhr der Entwicklungsländer aufnehmen, wertmäßig immerhin um 7 vH erhöht. Mengenmäßig entsprach das etwa der Zunahme von 1964. Demnach haben sich die konjunkturellen Dämpfungstendenzen in einigen wichtigen Industrieländern auf die Lagerhaltung von Rohstoffen insgesamt nicht ausgewirkt, sondern sind durch entgegengesetzte Einflüsse in den Ländern mit einer Belebung der Konjunktur kompensiert worden. Noch etwas mehr als die Ausfuhr der Entwicklungsländer nach Industrieländern hat ihre Einfuhr aus diesem Raum zugenommen, nämlich um reichlich 8 vH. Die Handelsbilanz der Entwicklungsländer hat sich 1965 gegenüber den Industrieländern nur wenig verschlechtert. Im zweiten Halbjahr wies sie sogar Aktivierungstendenzen auf. Die Währungsreserven erhöhten sich und erreichten Ende 1965 den höchsten Stand seit fast 10 Jahren.

Auch im Verlauf des Jahres 1966 wird die außenwirtschaftliche Entwicklung dieser Länder günstig bleiben. Die Exporterlöse werden eher etwas beschleunigt steigen, denn der Rohstoffverbrauch in den Industrieländern dürfte etwas stärker wachsen als bisher, wobei sich das Rohstoffpreisniveau kaum verändern wird. Angesichts einer solchen Exportentwicklung und der erhöhten Währungsreserven ist mit einer relativ kräftigen Einfuhrzunahme zu rechnen.

Seit etwa zwei Jahren wird das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern durch den Gütertausch mit den Industrieländern begünstigt. In den beiden letzten Jahren haben die Entwicklungsländer ihre Ausfuhr in die westlichen Industrieländer insgesamt um 17 vH erhöhen können. Dadurch war es ihnen möglich, die für ein rascheres wirtschaftliches Wachstum benötigten Güter einzuführen. Dies zeigt, wie wichtig eine kräftige

Expansion in den Industrieländern für die Entwicklungsländer ist. Eine stark zunehmende Rohstoffnachfrage ist vorerst die größte „Hilfe“, die den Entwicklungsländern geleistet werden kann.

Preisanstieg der industriellen Rohstoffe

Auf den internationalen Märkten für industrielle Rohstoffe kam es in den letzten Monaten zu Preissteigerungen. Im Vordergrund standen dabei die Kupfermärkte, die infolge der streikbedingten Produktionsausfälle eine — inzwischen beendete — Preishausse verzeichneten. Erheblich teurer wurden außerdem Rinderhäute und einzelne Textilrohstoffe (Jute); auch hier dürfte der Höhepunkt erreicht sein.

Der zum Teil spektakuläre Preisanstieg, durch den sich der durchschnittliche Preisstand der industriellen Rohstoffe innerhalb Jahresfrist um etwa 5 vH erhöhte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Märkte anderer industrieller Rohstoffe — bei etwa unverändertem Nachfragewachstum — ausreichend versorgt waren. Die Preisbewegungen hielten sich hier in relativ engen Grenzen. Sowohl die vorsichtigen Lagerdispositionen der Nachfrager als auch die verstärkten Abgaben aus den strategischen Vorräten der Vereinigten Staaten begünstigten diese Entwicklung.

Für die nächste Zeit ist insgesamt kaum mit einschneidenden Änderungen der Angebots-Nachfrage-Konstellation auf den Weltmärkten für industrielle Rohstoffe zu rechnen; das Angebot dürfte ausreichen, der expandierenden Nachfrage zu insgesamt etwa gleichbleibenden Preisen zu entsprechen. Das Schwergewicht der Nachfragezunahme wird dabei auf den Käufen für den laufenden Verbrauch liegen, da die Verarbeiter vorerst kaum Veranlassung zu einer stärkeren Aufstockung ihrer Vorräte haben werden. Allerdings gilt dies nur unter der Voraussetzung, daß sich die Vietnamkrise nicht erheblich verschärfen wird.

Die internationalen Agrarmärkte zeigen eine wenig einheitliche Tendenz. Einer relativ guten Weizenernte in den traditionellen Exportländern steht eine hohe Importnachfrage, besonders der Ostblockländer einschließlich Chinas, gegenüber, so daß sich hier die feste Preistendenz fortsetzen wird. Das kann auch auf dem Markt für Futtergetreide erwartet werden, obwohl hier sehr gute Ernteergebnisse erzielt worden sind. Da die tierische Veredelungsproduktion nunmehr wieder zunimmt, steigt die Nachfrage nach Futtergetreide relativ stark an. Die ungewöhnlich hohen Preise für Rindfleisch und Geflügel werden etwas nachgeben. Gleichfalls sinkende Preise sind als Folge einer Ausdehnung der Produktion von Ölen und Fetten zu erwarten.

Ausblick

In den Industrieländern der westlichen Welt wird sich die wirtschaftliche Expansion in dem leicht beschleunigten Tempo der letzten Monate fortsetzen. Die Unterschiede im Wachstum der einzelnen Volks-

wirtschaften sind, sieht man von Großbritannien ab, geringer geworden. Das Expansionstempo wird teilweise durch die Nachfrage (Frankreich, Italien, Japan), teilweise aber auch durch das Angebot (Skandinavien) bestimmt. In den Vereinigten Staaten von Amerika hängt das Wachstum zunehmend von der Ausweitung des Angebotspotentials ab. In der Mehrzahl der Länder schafft die lebhafte Investitionstätigkeit günstige Voraussetzungen für Produktivitätsfortschritte und damit für das wirtschaftliche Wachstum. Dank der anhaltenden Expansion der Industrieländer können die Exportchancen der Entwicklungsländer als befriedigend angesehen werden.

Allen Industrieländern gemeinsam ist der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb, wenn seine Intensität auch sehr unterschiedlich ist. Bei seiner Bekämpfung suchen die Regierungen neben dem Einsatz des kredit- und fiskalpolitischen Instrumentariums immer stärker Zuflucht zu unmittelbarer Einflußnahme auf die Lohn- und Preisbildung. Dabei leiden die Bemühungen, einheitliche Richtsätze aufzustellen, die sich an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung orientieren, darunter, daß Wirtschaftsbereiche mit hohen Produktivitätsfortschritten, und damit sinkenden Kosten, von der Nachfrage her keineswegs immer zu Preissenkungen gezwungen sind. Überdies läuft jede auf Differenzierung verzichtende Politik Gefahr, gegebene Strukturen zu zementieren und damit notwendige Anpassungen zu verhindern. Immerhin dürfte der zunehmend unkonventionell geführte Kampf um Preisstabilität dazu beitragen, daß die Forderungen der Interessentengruppen stärker als bisher der öffentlichen Kritik ausgesetzt sind. Im übrigen aber sollte die öffentliche Hand ihre Marktpositionen als Auftraggeber oder Lieferant nutzen, um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken.

Die internationalen Zahlungsbeziehungen, die in den vergangenen Monaten keinen akuten Belastungen ausgesetzt waren, werden unverändert durch die Zahlungsbilanzdefizite der angelsächsischen Länder gefährdet. Mit der nachlassenden Bereitschaft der nationalen Zentralbanken, Forderungen gegen die Reservewährungsländer als Währungsreserven zu halten, hat die Bedeutung des Weltwährungsfonds für die Bereitstellung internationaler Liquidität beachtlich zugenommen. Die vom Währungsfonds im Jahre 1965 gewährten Kredite waren mit 2,4 Mrd. Dollar weit höher als in den vorangegangenen Jahren; der Bestand des Währungsfonds an Dollars belief sich Anfang 1966 auf 3,6 Mrd.; damit hatten die USA zu diesem Zeitpunkt 88 vH der ihnen automatisch zustehenden Kreditlinie ausgenutzt. Unter diesen Aspekten verdient die Heraufsetzung der Quoten um 25 vH mit Wirkung vom 23. Februar 1966, die den Spielraum für automatische Ziehungen der Mitgliedsländer erweitert, besonderes Interesse.

Bei chronischen Zahlungsbilanzdefiziten muß das Festhalten an den geltenden Wechselkursen auch

weiterhin mit Wachstumsverlusten und Einschränkungen der Freizügigkeit im Waren- und Kapitalverkehr bezahlt werden. Änderungen der Wechselkurse oder ihre größere Flexibilität wären indessen keine hinreichende Bedingung für zufriedenstellende binnenwirtschaftliche Entwicklungen und zwischenstaatliche Beziehungen. Solche Maßnahmen müßten vielmehr ergänzt werden durch eine auf Stabilität bedachte nationale Wirtschaftspolitik.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In der Wirtschaft der Bundesrepublik ist seit Jahresfrist ein Prozeß der konjunkturellen Entspannung im Gange. Die Ansätze hierzu waren im vergangenen Frühjahr erstmals sichtbar geworden. Seither hat sich die konjunkturpolitisch erwünschte Angleichung von Nachfrage und Angebot zügig fortgesetzt, wenn auch nicht überall im gleichen Maße.

Bis Ende des Sommers vollzog sich dieser Prozeß fast ausschließlich als Anpassung der Nachfrageexpansion an das Angebot, das bis zuletzt durch stark wachsende Importe vermehrt wurde. In den folgenden Monaten hat sich aber auch das Wachstum des Angebotes etwas verlangsamt. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts nahm von 5 vH im ersten Halbjahr auf 4 vH im zweiten Halbjahr ab. Schaltet man die erntebedingte Verminderung im Bereich der Landwirtschaft aus, so ist die Verlangsamung nicht ganz so groß.

Die Mehrproduktion gegenüber dem zweiten Halbjahr 1964 kam bei einer kaum erhöhten Zahl von Arbeitsstunden zustande; die Zahl der Beschäftigten überschritt zwar ihr Vorjahresniveau, doch wurden weniger Arbeitsstunden je Beschäftigten geleistet.

Die bei dieser Entwicklung eingetretene Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts rührte, wie immer in Zeiten nachlassender Expansion, von der Industrie her, bei der die Nachfrage nur noch abgeschwächt wächst. Nach den Erfahrungen mit dem chronischen Mangel an Arbeitskräften entschließen sich die Unternehmen nicht leicht, die Beschäftigung zu verringern. Hieraus erklärt es sich, warum die Entspannung auf den Gütermärkten bisher nur zögernd auf dem Arbeitsmarkt wirkte. Zwar hat im vergangenen Jahr nach der Bauwirtschaft auch die Industrie ihren zusätzlichen Kräftebedarf verringert; angesichts der Nachfrage aus anderen Bereichen wog diese Beschränkung aber nicht sonderlich schwer.

Der bis zum Jahresende 1965 noch unverminderte Anstieg der Lohnkosten hat zusammen mit der Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts verhindert, daß die veränderte Konstellation der konjunkturellen Kräfte den Preisauftrieb schon spürbar bremste.

Schwächer werdende Investitionsneigung

Für die Änderung der konjunkturellen Situation war die nachlassende Bereitschaft, in Ausrüstungen

zu investieren, von ausschlaggebender Bedeutung. Die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien hatten im Frühsommer 1965 ihren Höhepunkt erreicht; seither haben sie sich bis in die jüngste Zeit konjunkturell leicht abgeschwächt. Diese Entwicklung wirkte sich schon im zweiten Halbjahr 1965 in der Investitionstätigkeit aus; die Wachstumsrate nahm von 15 vH auf 10 vH ab. Im Gegensatz zum Investitionsboom von 1959/60 war es nämlich bei der letzten Investitionswelle nicht zu einem ausgesprochenen Stau von Aufträgen bei den Investitionsgüterindustrien gekommen. Es waren also kaum Investitionsvorhaben nachzuholen, die vorher wegen Überbeanspruchung der Kapazitäten zurückgestellt werden mußten.

Die Differenzierung der Investitionsneigung innerhalb der Gesamtwirtschaft, die sich im ersten Halbjahr 1965 angebahnt hatte, setzte sich im zweiten Halbjahr fort. Während Landwirtschaft und Industrie weiterhin kräftig investierten, schränkte die Bauwirtschaft ihre Ausgaben stark ein. Die Bundesbahn mußte sich aus Finanzierungsgründen bei ihren Investitionsausgaben Zurückhaltung auferlegen.

Zur Deckung des Investitionsbedarfs hat das Ausland erneut nennenswert beigetragen. Der Anteil der Importe erhöhte sich von 9 vH im Jahre 1964 auf über 10 vH im Jahre 1965.

Der Anstieg der Erzeugerpreise für inländische Investitionsgüter hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1965 abgeschwächt, aufgrund der erwarteten Lohnerhöhungen kam es in den ersten Monaten des laufenden Jahres wieder zu stärkeren Preisanehebungen.

Die Ausgaben für Bauinvestitionen erhöhten sich im Jahre 1965 um etwa 6 vH. Die Nachfrage scheint sich, für die Bauwirtschaft global gesehen, weitgehend in Einklang mit der Produktion bewegt zu haben. Die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests in der Bauwirtschaft deuten insgesamt sogar auf eine leichte Abnahme der Auftragsbestände hin.

Wenn man als Indikator für die Nachfrage nach Bauleistungen die Baugenehmigungen heranzieht, so scheint der Wohnungsbau noch wenig durch die Erhöhung der Finanzierungskosten getroffen worden zu sein. Die Genehmigungen sind hier bis Ende 1965 fast unvermindert kräftig gestiegen. Der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen war am Jahresende etwas höher als am Jahresanfang. Umgekehrt war die Entwicklung im übrigen Hochbau. Hier blieben die Genehmigungen unter dem Produktionsniveau, so daß der Überhang an Nichtwohnbauten binnen Jahresfrist zurückging.

Im vergangenen Jahr sind weitaus mehr Tiefbauaufträge als 1964 erteilt worden. Trotz einer Zunahme von 15 vH erreichten die Aufträge gerade noch das Produktionsniveau.

Die Entwicklung der Preise differierte im Hoch- und Tiefbau im vergangenen Jahr nicht mehr so

stark wie vorher. Die Preise im Tiefbau blieben fast stabil; im Hochbau hat sich die Verlangsamung des Preisanstiegs fortgesetzt.

Außenhandel wieder konjunkturbelebend

Im Verlauf des zweiten Halbjahres 1965 hat sich im westdeutschen Außenhandel ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Die 1964 einsetzende Passivierungstendenz lief gegen Ende 1965 aus. Wenn die vorhandenen Anzeichen nicht täuschen, dann verbirgt sich dahinter der Beginn einer neuen Phase konjunkturanregender Außenhandelsentwicklung. Genauso wie vor knapp drei Jahren scheint ein Umschwung im Warenverkehr mit den EWG-Ländern, und zwar zunächst vor allem mit Frankreich und Italien, die neue Entwicklung einzuleiten.

Auf der Ausfuhrseite haben sich seit Herbst vor allem die Lieferungen nach Italien kräftig erhöht. Bei den Ausfuhren nach Frankreich ist die Verstärkung noch nicht so ausgeprägt. Die USA haben ihre Bezüge deutscher Waren unvermindert stark gesteigert.

Die kommerzielle Wareneinfuhr ist bis zum Herbst konjunkturell unvermindert kräftig gestiegen, im letzten Viertel des vergangenen Jahres hat sich das Wachstum abgeschwächt. Die Abschwächung betraf in erster Linie die Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft. Infolge der verbreiteten Zurückhaltung der Importeure und Verarbeiter bei Lagerdispositionen ist seit der Jahresmitte die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren nicht mehr gewachsen.

Bei den kommerziellen Fertigwaren hat die rasche Importausweitung dagegen noch angehalten; besonders ausgeprägt war der Importsog nach wie vor bei Enderzeugnissen. Von dieser Seite ist das aus inländischen Quellen stammende Angebot an Investitions- und Verbrauchsgütern bis zum Jahresende spürbar ergänzt worden.

Der Aktivsaldo der kommerziellen Warenbilanz war im zweiten Halbjahr 1965 beträchtlich kleiner als in der vergleichbaren Vorjahreszeit; jedoch nahm er in den letzten Monaten des vergangenen Jahres konjunkturell wieder zu.

Im Bereich der Dienstleistungen hat sich die Tendenz zur Passivierung im zweiten Halbjahr abgeschwächt. Bei nahezu unveränderter Zunahme der Ausgaben sind die Einnahmen, vor allem aus Transportleistungen sowie Kapitalerträgen, verstärkt gestiegen.

Weiter kräftiger Einkommensanstieg — Lebenshaltung erneut spürbar verteuert

Im Rückblick auf die Einkommensentwicklung des vergangenen Jahres 1965 zeigt sich, daß die starke Einkommenszunahme von einem Wandel in der Einkommensstruktur begleitet war. Das Einkommen aus Lohn und Gehalt nahm weit stärker zu als das aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nachdem

beide Einkommensarten im Boomjahr 1964 etwa im gleichen Ausmaß gewachsen waren.

Da die Einkommensübertragungen hinter dem beträchtlichen Anstieg der Arbeitnehmerinkommen nicht zurückblieben und auch die Entnahmen sowie die Vermögenseinkommen sich in ähnlicher Größenordnung erhöhten, haben die privaten Haushalte im vergangenen Jahr absolut und relativ über erhebliche Mehreinnahmen verfügt.

Im Einklang mit der Einkommensexpansion haben sich die privaten Verbrauchsausgaben bis zuletzt kräftig ausgeweitet. Ihr Wachstum hat sich während der zweiten Jahreshälfte 1965 sogar noch etwas beschleunigt. Die Wachstumsrate der Ersparnis war nicht mehr so hoch wie im ersten Halbjahr. Von den Mehrausgaben der Konsumenten wurde allerdings ein nennenswerter Betrag durch die zunehmende Verteuerung aufgezehrt. Insbesondere die Nahrungsmittelpreise stiegen nach der Jahresmitte verstärkt an. Der Preisindex für die Lebenshaltung war Ende des Jahres um rd. 4 vH höher als vor Jahresfrist. Der reale Verbrauch je Einwohner hat sich nur im bisherigen Ausmaß erhöht.

Das Wachstum der Privatentnahmen der Unternehmer hatte bei insgesamt langsamer zunehmenden Gewinnen zur Folge, daß die unverteilteten Gewinne im engeren Sinne beträchtlich abnahmen. Auf's ganze Jahr 1965 gesehen, blieben sie weit unter dem Stand des Vorjahres und fielen sogar auf das Ergebnis von 1963 zurück. Dennoch blieben den Unternehmern 1965 rd. 6 vH Mehreinnahmen zur unmittelbaren Investitionsfinanzierung aus eigenen Mitteln. Neben den einbehaltenen Gewinnen standen ihnen nämlich auch die Abschreibungen und die öffentlichen Zuschüsse in Form von „Vermögensübertragungen“ zur Verfügung. So gesehen waren die Finanzierungsbedingungen noch relativ günstig.

Expansive Einflüsse der öffentlichen Haushalte

Die Anfang 1965 durchgeführte Steuersenkung war auch in der zweiten Jahreshälfte ausschlaggebend dafür, daß die Einnahmen der Gebietskörperschaften nur schwach stiegen. Die Einnahmen der Sozialversicherungen wuchsen dagegen wegen der Erhöhung der Versicherungspflichtgrenzen doppelt so kräftig wie im ersten Halbjahr.

Auf der Ausgabenseite war die Zunahme des Staatsverbrauchs und der Einkommensübertragungen in beiden Halbjahren gleich groß (Wachstumsraten 13 vH und 12 vH). Die Hauptsteigerung der Verbrauchsausgaben lag im zivilen Bereich. Die Zunahme im militärischen Sektor ist dagegen deutlich kleiner geworden; allerdings haben sich die Inlandsausgaben für die Verteidigung in ihrem Wachstum nur sehr wenig abgeschwächt.

Die staatlichen Investitionen wiesen zwar in der zweiten Jahreshälfte eine etwas größere Wachstumsrate auf als im ersten Halbjahr, im ganzen Jahr sind sie jedoch mit 7 vH erheblich schwächer gestiegen als im Jahr 1964 (+ 14,5 vH). Ihr Wachstum war — von 1957 abgesehen — auch geringer als in

allen Jahren seit 1950. Ob der schwache Anstieg mehr konjunkturpolitischen Erwägungen entsprang oder mehr die Folge von Finanzierungsschwierigkeiten war, läßt sich nicht eindeutig sagen.

Trotz der partiellen Zurückhaltung der öffentlichen Haushalte auf dem Investitionssektor hat sich 1965 der Anstieg der gesamten Staatsausgaben kräftig beschleunigt. Dies und die Anfang des vorigen Jahres vorgenommene Steuersenkung haben starke expansive Impulse ausgelöst.

Erstmals seit 1950 waren die Ausgaben des Staates für Güter, Dienste und Übertragungen größer als die Staatseinnahmen. Während der Staat 1964 Geldvermögen in Höhe von 5,6 Mrd. DM gebildet hatte, nahm 1965 sein Geldvermögen um 2 Mrd. DM ab.

Ausblick

In der westdeutschen Wirtschaft haben die konjunkturellen Auftriebskräfte nach der Jahreswende weiter nachgelassen. Die Auslaufperiode des Wachstumszyklus, der im ersten Halbjahr 1965 seinen Höhepunkt erreicht hatte, hält an. Wie die vorangegangene Beschleunigung, so ist auch die Verlangsamung des Wachstums nicht so stark ausgeprägt wie im Zyklus 1959/63.

In der Industrie sind im Frühjahr 1966 die Kapazitäten nicht mehr so hoch ausgelastet wie im vorigen Herbst; auch die Beschäftigtenzahl geht konjunkturell zurück. Zwar stand der schwächeren Industriekonjunktur in den zurückliegenden Wintermonaten eine Bautätigkeit gegenüber, die erheblich lebhafter war als vor Jahresfrist. Dies lag aber nur daran, daß das Wetter die Bauarbeiten weit weniger behinderte als im Vorjahr. Von einer konjunkturellen Belebung der Nachfrage nach Bauleistungen kann nicht die Rede sein. Auch im Handel hat sich die Expansion konjunkturell verlangsamt.

Der seit Monaten schwache Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie aus dem Inland und der geringe Auftragsbestand sprechen dafür, daß die Abflachung im Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen bis in die zweite Jahreshälfte hinein anhalten wird.

Nach dem Ifo-Investitionstest hat die Industrie für das laufende Jahr eine Steigerung der Anlageinvestitionen um nur noch 5 vH vorgesehen gegenüber 16 vH für das Jahr 1965. Da die Rationalisierung nach wie vor das Hauptmotiv der Investitionstätigkeit ist, werden die Ausrüstungsinvestitionen bevorzugt werden. Nach den Meldungen der Bauwirtschaft ist anzunehmen, daß deren Ausrüstungsinvestitionen wie schon im Jahre 1965 zurückgehen werden. Mit einem Wiederanstieg der Ausrüstungsinvestitionen in der Verkehrswirtschaft ist für dieses Jahr wohl noch nicht zu rechnen.

Die Ausgaben für die gesamten Bauinvestitionen dürften sich in diesem Jahr etwas stärker erhöhen als im vergangenen. Für den Wohnungsbau ist eine verhältnismäßig kräftige Zunahme zu erwarten: Die Genehmigungen für Wohnbauten haben sich im vergangenen Jahr günstiger entwickelt als die

für die sonstigen Hochbauten; dabei hat sich der Überhang an Wohnbauten erhöht, wenn auch nicht erheblich.

Da das Wetter im ersten Vierteljahr 1966, wie erwähnt, eine weit höhere Bauproduktion zuließ als in der entsprechenden Vorjahreszeit, bleibt von den für 1966 veranschlagten Finanzierungsmitteln für Bauausgaben der öffentlichen Hand — sie dürften nur wenig höher sein als die Ist-Ausgaben von 1965 — für den weiteren Verlauf dieses Jahres verhältnismäßig wenig übrig. Es ist zu befürchten, daß zur Verbesserung der Infrastruktur dringend benötigte Bauten nicht in dem Maße erstellt werden, wie es bei optimaler Kapazitätsauslastung möglich wäre.

Beim privaten Verbrauch ist für die erste Jahreshälfte mit einer erheblichen Verlangsamung des Expansionstempos zu rechnen, da sich das Lohn Einkommen nun langsamer erhöhen und zudem — im Vorjahresvergleich gesehen — verstärkt durch Steuerabzüge belastet wird.

Auch die Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch werden schwächer als bisher expandieren. Dies trifft im zivilen Bereich vor allem für die Personalausgaben zu; die Verteidigungsaufwendungen werden wohl nur noch schwach wachsen, zumal anzunehmen ist, daß die Rüstungsgüterimporte zurückgehen.

Vom Güter- und Leistungsverkehr mit dem Ausland wird dagegen ein zunehmend stärker werdender expansiver Einfluß auf Produktion und Einkommen ausgehen.

Die Ausfuhr wird unter dem Einfluß des konjunkturellen Aufschwungs in Italien und Frankreich noch stärker als bisher steigen. Die Nachfrage der Rohstoffländer wird weiter lebhaft bleiben, da ihre günstige Devisensituation anhalten wird. Die Exporte nach den USA werden wahrscheinlich weiterhin kräftig zunehmen.

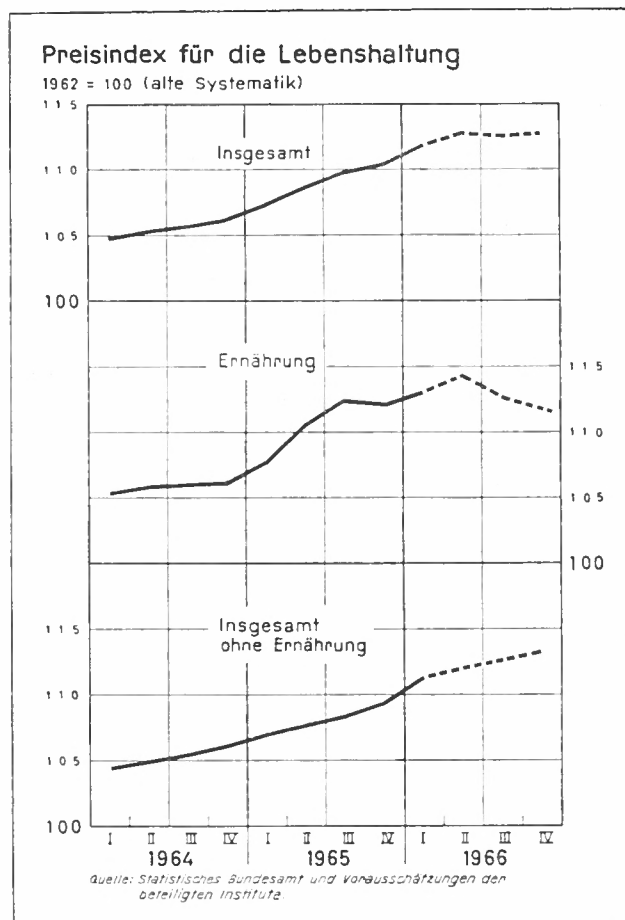
Die Einfuhr wird dagegen im Zusammenhang mit der Abschwächung der Investitions- und Verbrauchskonjunktur im Inland sowie der Intensivierung der konjunkturellen Expansion in wichtigen Lieferländern ihr Wachstumstempo immer mehr verringern. Zur Verlangsamung des Wachstums der kommerziellen Einfuhr dürfte es auch deshalb kommen, weil der Bedarf an ausländischen Ernährungsgütern nach dem raschen Anstieg im vergangenen Jahr wohl nicht mehr zunehmen wird.

Der Außenbeitrag dürfte im ersten Halbjahr 1966 ½ Mrd. DM betragen. Im zweiten Halbjahr wird er auf schätzungsweise knapp 2 Mrd. DM steigen. Im Vorjahresvergleich ergeben sich Zunahmen von ½ Mrd. DM im ersten und knapp 3 Mrd. DM im zweiten Halbjahr. Es ist also anzunehmen, daß die außenwirtschaftliche Entwicklung wieder einmal zu einer Stütze der westdeutschen Konjunktur wird.

Konjunkturpolitische Überlegungen

Alles spricht somit dafür, daß sich die Expansion der Nachfrage dem Wachstumspfad des Angebots im weiteren Verlauf dieses Jahres soweit nähert, daß

von der Nachfrageseite her die Bedingungen für eine Beruhigung des Preisanstiegs erfüllt sein werden. Auch bei der Annahme einer durchschnittlichen, d. h. reichlicheren Ernte als im Vorjahr wird sich das Preisbild jedoch nur zögernd aufhellen.



Obwohl sich der Lohnanstieg im Zusammenhang mit der konjunkturellen Beruhigung in engerem Rahmen halten wird als im vergangenen Jahr, wird er nicht preisneutral sein.

Der Versuch, die Abflachung des Preisanstiegs durch kontraktiv auf die Nachfrageexpansion einwirkende Maßnahmen zu forcieren, könnte die in der gegenwärtigen Konjunkturphase sehr labile Investitionsneigung so schwächen, daß die Voraussetzungen für ein angemessenes Wachstum nicht mehr gegeben wären.

Das Dilemma der Wirtschaftspolitik, daß sie den Preisanstieg gegenwärtig nur noch konstatieren, ohne ernste Folgen für das Wachstum aber nicht beseitigen kann, ist durch den Mangel an konjunkturpolitischer Aktivität zu Beginn des Aufschwungs begründet. Die Finanzpolitik wurde sogar so gestaltet, daß von ihr prozyklische Wirkungen ausgingen: Die Steuersenkung zu Beginn des Jahres 1965 erwies sich konjunkturell als verfehlt, da die öffentliche Hand auf Mehreinnahmen verzichtete, ohne die Steigerung ihrer Ausgaben zu beschränken.

Die Vorstellung, die Geld- und Kreditpolitik sei in der Lage, eine Übersteigerung der Nachfrageexpansion überhaupt oder gar früh genug zu drosseln, setzt eine Zinsempfindlichkeit der Investoren voraus, die in der Wirklichkeit kaum vorhanden ist. Wenn überhaupt, so wirken die monetären Restriktionsmaßnahmen erst dann, wenn die konjunkturelle Situation sie nicht mehr erfordert. Auch diesmal kann ein Erfolg der restriktiven Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank schwerlich nachgewiesen werden. Selbst im Wohnungsbau, bei dem noch am ehesten eine Reaktion auf die Zinserhöhungen hätte erwartet werden können, sind Wirkungen bisher kaum erkennbar. Gemeinden haben die Aufnahme von Kapitalmarktmitteln oft nur deshalb gekürzt, weil es ihnen verboten wurde, Anleihen mit einer Verzinsung von mehr als 7¹/₂ % zu emittieren. Zudem wurde die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand durch einen Sonderausschuß zeitlich und quantitativ „koordiniert“.

Die Bemühungen der Bundesbank, die Kreditexpansion zu dämpfen, wurden schließlich auch dadurch behindert, daß die Wirtschaft und die Banken in verstärktem Maße auf Auslandsmittel zurückgriffen.

Trotzdem behielt das Zinsniveau seinen aufwärts

gerichteten Trend bei, und es ist anzunehmen, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Die Wirkungen des Zinsanstiegs sind, insbesondere im Hinblick auf das Niveau der Wohnungsmieten, von Nachteil; es empfiehlt sich daher, dieser Entwicklung durch eine Lockerung der kreditpolitischen Zügel entgegenzuwirken. Überdies besteht bei der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation kein Anlaß, die Investitionsneigung dämpfen zu wollen.

Zwar ist die Finanzpolitik zur Steuerung der konjunkturellen Entwicklung besonders geeignet; deshalb sollte sie in Zukunft stärker als bisher konjunkturpolitische Aufgaben übernehmen. Das heißt aber nicht, daß sie allein mit diesen Aufgaben belastet werden sollte. Die Wirtschaftspolitik sollte vielmehr bestrebt sein, das vorhandene und noch ausbaufähige Instrumentarium in seiner Vielfalt und Breite zu nutzen, weil dies eine gezielte und dosierte Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung erleichtern und damit eine bessere Abstimmung von Geldwertstabilität und wirtschaftlichem Wachstum ermöglichen würde. Würde das gesamte Instrumentarium genutzt — wie es auch z. B. im Entwurf zum Konjunkturrahmengesetz vorgesehen ist — dann könnten auch außenwirtschaftliche Störungseinflüsse leichter abgewehrt werden.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik
Vorausschätzungen für das Jahr 1966
Wachstumsraten in vH

	1964	1965	1966	1965		1966	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
Entstehung des Sozialprodukts, real							
Beschäftigte Arbeitnehmer	1,1	1,4	0,9	1,4	1,4	1,0	0,8
Arbeitszeit ¹⁾	0,4	-0,8	-0,6	-0,7	-0,9	-0,4	-0,8
Arbeitsvolumen	1,5	0,6	0,3	0,7	0,5	0,6	±0,0
Produktivität ²⁾	5,1	3,9	4,1	4,4	3,5	3,2	4,9
Bruttoinlandsprodukt	6,7	4,5	4,4	5,0	4,0	3,8	4,9
Einkommensbildung, nominal							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,6	10,3	8,5	9,7	10,9	9,1	8,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	9,5	11,4	7,6	11,4	11,3	7,9	7,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	9,3	3,7	4,7	5,5	2,2	3,2	6,1
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen ³⁾	10,6	4,5	2,9	6,0	3,0	1,1	4,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	9,2	11,0	7,8	11,1	10,8	8,3	7,5
Verwendung des Sozialprodukts, nominal							
Privater Verbrauch	7,8	9,8	7,3	9,3	10,2	7,7	7,0
Staatsverbrauch	4,5	12,8	7,5	12,7	12,9	7,8	7,2
Ausrüstungsinvestitionen	12,2	12,3	5,5	15,0	9,8	6,5	4,5
Bauinvestitionen	16,6	5,7	7,2	6,7	4,9	10,0	5,0
Ausfuhr	11,4	9,1	11,5	7,8	10,3	11,0	12,0
Bruttosozialprodukt	9,6	8,5	7,5	8,9	8,1	7,5	7,5
Einfuhr	11,8	17,5	7,9	18,8	16,4	9,7	6,3
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	9,9	9,9	7,6	10,5	9,4	7,9	7,3
Preisniveau							
Privater Verbrauch	2,3	3,2	3,4	2,5	3,8	4,0	2,8
Ausrüstungsinvestitionen	0,8	2,7	1,3	2,8	2,7	1,5	1,2
Bauinvestitionen	3,5	2,4	2,5	2,6	2,3	2,5	2,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	2,3	3,0	2,6	2,8	3,2	3,0	2,3

Anmerkung: Zahlen für 1964 und 1965 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen, Zahlen für 1966 nach Schätzungen der beteiligten Institute. Die Zahlen hinter dem Komma sollen keine größere Genauigkeit angeben, sondern stellen nur die Ergebnisse der aufgrund der Vorausschätzungen vorgenommenen Berechnungen dar. — Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West).

¹⁾ Einschl. Veränderung der Zahl der Arbeitstage, die nur zur Hälfte berücksichtigt wurde. — ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde.
³⁾ Ohne Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen in der Bundesrepublik
Vorausschätzungen für das Jahr 1966
 Wachstumsraten in vH

	1964	1965	1966	1965		1966	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
Ausrüstungsinvestitionen							
in jeweiligen Preisen	12,2	12,3	5,5	15,0	9,8	6,5	4,5
in Preisen von 1954	11,3	9,3	4,1	12,0	6,9	4,9	3,3
Preisniveau	0,8	2,7	1,3	2,8	2,7	1,5	1,2
Bauinvestitionen							
in jeweiligen Preisen	16,6	5,7	7,2	6,7	4,9	10,0	5,0
in Preisen von 1954	12,6	3,2	4,6	4,0	2,5	7,3	2,4
Preisniveau	3,5	2,4	2,5	2,6	2,3	2,5	2,5

Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik
Vorausschätzungen für das Jahr 1966
 Wachstumsraten in vH

	1964	1965	1966	1965		1966	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,5	11,4	7,6	11,4	11,3	7,9	7,2
Öffentliche Übertragungen	9,5	12,5	9,5	12,8	12,2	10,5	8,5
Entnommene Gewinne u. Vermögenseinkommen	9,3	9,9	7,3	10,2	9,5	7,2	7,4
Verfügbare Einkommen	9,2	11,0	7,8	11,1	10,8	8,3	7,5
Privater Verbrauch	7,8	9,8	7,3	9,3	10,2	7,7	7,0
Geldvermögensbildung	24,0	21,6	12,1	26,4	16,9	12,3	11,8
Geldvermögensbildung in vH der verfügbaren Einkommen	10,0	11,0	11,4	12,0	10,0	12,5	10,4

Der nächste Wochenbericht erscheint am 22. April 1966.